

Neueste Nachrichten

Gelesenste und verbreitetste Tageszeitung der kgl. Haupt- und Residenzstadt Dresden und der Vororte. Unparteiliche, unabhängige Zeitung für Jedermann.

Durch die Post vierteljährlich Mk. 1,50, mit „Dresdner fliegende Blätter“ Mk. 1,90. Für Dresden und Vororte monatlich 50 Pfg. mit Wochblatt 60 Pfg. für Osterr.-Ung. viertelj. fl. 1,80 resp. 2,16 Deutsche Preisliste: Nr. 4913, Cesterr. 2359

Ballschube, Emil Pitsch, Ballschube,

Wildstrasserstrasse Nr. 24 (gegenüber dem Hôtel de France), Pragerstrasse Nr. 39 (im Europäischen Hof).

Die heutige Nummer enthält 10 Seiten.

Nur 50 Pfg.
(bei wöchentlich 7 maligem Erscheinen)

Sollen die „Neuesten Nachrichten“ im Post-Abonnement bei allen Postanstalten für den Monat März, mit Wochblatt „Dresdner fliegende Blätter“ **64 Pfg.**

Für Dresden und Vororte monatlich **50 Pfg.** mit dem Wochblatt 60 Pfg.

Was nun?

„Es geht etwas vor, man weiß nur nicht was.“ Dieses Wort eines bekannten sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedes kam uns unwillkürlich in Erinnerung, als wir den neuesten Artikel der „Allg. Ztg.“ mit der Überschrift „Was nun?“ lasen.

In diesem Artikel schreibt das genannte Blatt:

„Man darf wohl sagen, daß Deutschland wieder einmal einem entscheidenden Wendepunkte seiner innerpolitischen Entwicklung angelangt ist. Die Capitulatio vor den sozialistischen Agitatoren, als welche sich und der Sturz des Grafen Caprivi bezeichnen, beruht auf dem politischen Niederschlag, der durch die Entlassung des Grafen Caprivi das Moment der persönlichen Herrschaft der Junker gegen den Grafen Caprivi aus dem politischen Bewußtsein auszuwaschen, und daß damit der objectiv wünschenswerthe und normale Zustand wieder in sein Recht treten werde, das Einverständnis der Krone mit dem großen nationalen Wirtschaftsstandpunkte...“

Das Reichstagsmitglied, das zum Sturz des Grafen Caprivi führte, war Herr Reichstagsmitglied. Herr Reichstagsmitglied, dem ein Mandat vom Grafen Caprivi entrückt ist... Auf den dunkelsten Seiten der Geschichte der konservativen Partei stehen die verdrängten Schmachtdungen und Beugungsbedingungen, welche die Vertreter des aristokratischen Junkertums gegen einen unparteilichen deutschen Officier und Obermann, gegen den Grafen Caprivi, geschleudert haben. Wir sind zu der Annahme berechtigt, daß ein ähnlicher Feldzug aristokratischer Methoden nimmermehr den höchsten Erfolg bewirken wird. Herr Reichstagsmitglied ist in einer doppelten Beziehung diesen Kampf unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen an. Der Sturz des Grafen Caprivi hat den Uebermuth der modernen Junker bis zum Uebelstand gesteigert; denn einen hervorragenden Mann an sozialer Begabung vertritt er, wenn der Hund der Landwirthschaft selbst den Sturz des Grafen Caprivi als eine Capitulatio vor der agrarischen Agitation hinstellt. Fast ebenso schlimm ist es, daß der Kaiserwechsel das Vertrauen des Bürgerthums in die Widerstandskraft der maßgebenden Kreise, in die Stetigkeit und Festigkeit ihrer Anschauungen erschüttert hat. Und hier ist es allerdings der Ort, dem Bürgerthum eine Gegenwehr anzuweisen. Das Bürgerthum hat in ungenügender Thätigkeit sein volles Recht zu dem Triumph der Vertreter der äußeren Wirtschaftlichen, politischen und kirchlichen Reaction bestritten. Zur Dupirung des Bürgerthums hat man im vorigen Sommer das große Umsturzgeschäft in Scene gesetzt. Die Nachfolge, die entworfen werden sollte, spielte zwischen Caprivi und Junkertum; man benutzte die Angst vor der Sozialdemokratie, um das Bürgerthum gegen den Grafen Caprivi aufzuregen und für die Gulesburgischen Ablichten günstig zu stimmen. Es geht, dem Kaiser zu zeigen, daß Graf Caprivi auch in mittelparteilichen Kreisen keinen Anhang mehr besitzt und daß er nur an dem Centrum, dem Deutschverein und der Sozialdemokratie einen natürlich unüberwindlichen und compromittirenden Widerstand bietet. Das Wandern gelang und Graf Caprivi ist unter dem Beifall sogar eines Theiles der Mittelpartei...“

Die Ansicht der „Allg. Ztg.“, daß Deutschland wieder an einem entscheidenden Wendepunkte seiner innerpolitischen Entwicklung angelangt ist, wird durch die jüngsten Reden des Reichstags und die aufsehenerregende in seinem Auftrag gehaltenen Anreden des Herrn v. Boetticher an den Handelskongress bestätigt. In immer weiteren Kreisen wird der Widerspruch gegen die Handlungsweise lebendig. Die Versicherung, daß das Ministerium „liberalisch und homogen“ sei, ruft überall nur ein ungläubiges Lächeln hervor; die Stimmung ist umgeschlagen, anscheinend nicht nur in dem Theile der Mittelparteien, deren Anschauungen von der „Allg. Ztg.“ vertreten werden, und — „man weiß nicht, was noch werden mag“.

Deutscher Reichstag.

47. Sitzung vom 27. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Boetticher, v. Köller.

Zur Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Vorlage des Gesetzes, betreffend Aufhebung des Dictaturvertrages in Elsaß-Lothringen.

Abg. Reich (Kaiser): Im ganzen Hause hat auch nicht ein einziges Mitglied bei den vorausgesetzten Beratungen ein Wort für den Dictaturvertrage eingeleitet; damit ist demselben das Urtheil gesprochen. Wenn sich die Regierung auch jetzt noch gegen die Aufhebung drückt, so wird sie sich doch nicht auf die Dauer dem Widerstande widersetzen können. Wir verlangen ja nur gleiches Recht für alle.

Reich (Kaiser): Die beiden Anträge werden angenommen und zwar unter Heiterkeit des Hauses, da insgesamt nur etwa 40 Abgeordnete anwesend sind.

Das Haus fährt dann in der Beratung des Antrages über die Besetzung der Stellen, betreffend die gewerblichen Beschäftigten der Reichsanstalten, sowie der Arbeiter.

Abg. Wallenbush (Soz.): Herr Reich möchte seinen neulichen Vorschlag, am liebsten die Frauenarbeit ganz aufheben. Ja, man möge es auch sagen, wie die Frauen sich und ihre Familien ernähren sollen. Für uns ist die Hauptfrage: Erhöhung der Löhne! Die Frauenarbeit an sich ist gar nicht so fittenswerdend. Sitzen- und Stehenarbeit wirkt nur die Niedrigkeit der Löhne und die zu lange

Arbeitszeit. Die Hausarbeit ist, weil sie am meisten das Familienleben beeinträchtigt, der Hauptbeschwerden. In England hat, trotz der Arbeitergesetzgebung, die Industrie jedenfalls nicht gelitten. Hier sind die Unternehmer bange vor jeder Ausdehnung der sozialpolitischen Gesetzgebung, bange vor allen Schranken, die der Ausdehnung der Arbeiter gezogen werden sollen. Wir dagegen werden selbstverständlich diesem Antrage zustimmen, um an einem weiteren Ausbau des Arbeiterrechtes mitzuwirken.

Abg. Schall (Soz.): polemisiert gegen Wallenbush, der ihm Vertretung capitalistischer Interessen nachgesagt habe, und fährt fort: Sie haben eben keine Ahnung von dem, was in Gottes Wort geschrieben steht. Wir leben es als den höchsten Beruf der Frau an, sich vorzubereiten für das ewige Leben. Ich gehöre auch nicht zu den Weltlichen, die bei der Sozialdemokratie einen berechtigten Kern anerkennen. Nein, in der Kern der Sozialdemokratie ist urfalsch und unvertretlich. (Hier, wie schon mehrfach während dieser Ausführungen, lebhaftes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich meine auch nicht, daß die hohen Löhne immer von Segen sind. Die jungen Mädchen sollten, statt in die Fabriken, lieber auf's Land gehen. (Auf: Für 50 Pf. den Tag!) Ja, mehr als 80 Pf. können die Landwirthin bei den heutigen Verhältnissen allerdings nicht bezahlen. Damit vertrete ich nicht den Capitalismus. (Gelächter links.) Vom Normalarbeitertage halte ich nichts. In der Theorie macht sich ja das Alles schön, aber grau ist alle Theorie und (nach einer längeren Pause) grün ist des Lebens frischer Baum. (Große Heiterkeit.) Ich würde den Antrag annehmen, wenn ich glauben könnte, auf den Herrn Staatssecretär damit einen erschütternden Eindruck zu machen. (Große Heiterkeit.) Redner wendet sich dann in scharfen Worten gegen die Sozialdemokratie und bezieht den Einfluss als verstanden.

Präsident v. Leschow: Ich will nicht annehmen, daß der Abg. Schall mit dem Ausdruck „vergäblicher Einfluss“ ein Mitglied dieses Hauses hat treffen wollen.

Abg. Schall: Das lag mir allerdings fern. Bei allen Enqueten kommt es mehr auf den inneren Geist als auf die äußere Form an. (Lachen links: Beifall rechts.)

Abg. Wallenbush (Soz.-Dem.) bemerkt in einer kurzen Eingangsrede auf die Schlußsätze der Rede des Reichstagsmitgliedes, daß die Arbeiter in den Fabriken Pflege nur durch die Vorzüge derselben verschaffen zu können, denn die Noth sei der trefflichste Krampfler. Damit schließt die Debatte. — Abg. Reich tritt in einigen Schlussworten noch für seinen Antrag ein; der letztere wird alsdann mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages v. Hammerstein und Gen. (Soz.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. Verbot der Einwanderung nicht reichsangehöriger Juden. Zugleich steht mit zur Beratung der Antrag Liebermann von Sonnenberg betr. die Einwanderung ausländischer Juden. Nach diesem Antrage sollen auch ausländische Juden, die sich dauernd in Deutschland niedergelassen haben, ohne ein selbstständiges Gewerbe zu betreiben, ausgewiesen werden; die Erhaltung der Staatsangehörigkeit an ausländische Juden soll unterlagt und die Begünstigung der Einwanderung fremder Juden mit 500—1000 Mk. Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden.

Abg. Jacobsdorfer (Heutl.-Soz.): Die bei dem Abschluß des Handelsvertrages vom Grafen Caprivi in Aussicht gestellte Lösung der Judenfrage ist nicht im Stande gewesen, den Ueberdruß an Arbeitskräften, unter welchen wir leiden, aufzubrechen. Wenn unser Volkstheile ein so gesund ist, daß wir thatsächlich einen Ueberdruß zur Auswanderung haben, so ist kein Grund vorhanden, die Einwanderung noch zu begünstigen, namentlich, wenn es sich um fremde Elemente handelt, welche unserem Volkstheile schädlich werden können. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen die Einwanderung fremder Juden hindern, weil wir mit dem im Lande bereits befindlichen die Erhaltung gemacht haben, daß sie auf das gesammte öffentliche Leben nicht günstig einwirken, besonders das Gewerbeleben auf das allernächste beeinträchtigen. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Aus dem deutschen Mittelstand kommt der Ruf nach einem Gesetz gegen unläuterer Konkurrenz. Die Braunschweiger Handelskammer hat eine Zahl von Fällen dieser unläuterer Konkurrenz zusammengestellt und „No. v. D.“ Fälle kommen auf das Konto der Juden. (Hört! Hört! rechts.) Hätte man die Juden vom Handelsbunde ausgeschlossen, so wäre die Klage über den Handelsbunde längst verstummt. Auch am Concurschwindel sind die Juden vorwiegend theilhaftig. Wer eine Forderung gemacht hat, gilt als „sein“, wer eine zweite gemacht hat, als „hochsein“. (Große Heiterkeit.) Die Handelskammer, welche dem ehrlichen christlichen Geschäft die schädlichste Konkurrenz machen, sind ausschließlich in jüdischen Händen. An die ehrliche jüdische Klage, welche selbst vor der Auswanderung solcher Unfälle, wie der Cholera in Hamburg und dem Untergang der „Abe“ nicht zurückgeschreckt, brauche ich nur zu erinnern. Den schädlichen Einfluss der Juden in der Industrie, namentlich in der Confection und vor Allem an der Börse kennt alle Welt. Wir machen uns um unser Vaterland verdient, wenn wir den weiteren Zutritt schädlicher jüdischer Elemente aus dem Auslande verhindern. Die Juden selbst geben ihre schädliche Wirkkraft ja, indem sie möglichst hängen vorsehen, wenn man sie als Juden und ihre Handlungen als jüdische bezeichnen. Wir haben an den Juden in Deutschland vollkommen genug. (Sehr richtig! rechts.) Wir brauchen die Juden aus Galizien u. s. w. nicht, und viele Juden wären froh, wenn wir von ihnen die übrigen „Brüder“ fernhielten. Nicht das gegen die Juden, (Hört! links), sondern die Liebe zu unserem Vaterlande und zu unserem Reichthum und Christenthum hat uns zur Stellung unseres Antrages veranlaßt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Zur Begründung des antisemitischen Antrages erwidert das Wort Abg. Bismarck: Die Ausschaltung des deutschen Volkes, vor Allem im Osten, ist eine Sünde und Schande. Die Bauern werden von den Juden ausgepöbelt und geschredet und sind zur Auswanderung in die Industriezentren und nach Amerika gezwungen und vernachlässigt das Heer der Arbeiterlosen. Am Rande in Polen sind Juden nach dem Vertheil des Contrats von Radziszewo zu 70 beizuliegen; ähnlich liegen die Verhältnisse in Westpreußen, Westfalen u. s. w. Hüten wir ein deutsches und nicht romantisches Recht, so können unser Bauern und Handwerker nicht vernichtet und unser Volk nicht physisch entvölkert werden. Der Anschlag des bekannten Redners über die Mordanschläge blühte von allen seinen Glaubensgenossen gelächelt werden. Wir wollen nicht weiter äußern, daß unsere Frauen und Kinder darunter leiden. (Lachen und Oh! links.) Ihr Lachen beweist nur, wie tief Sie gesunken sind. (Große Unruhe: Aufstehen: Zur Ordnung!) Redner erinnert an den schädlichen Einfluss der jüdischen Presse, an das Umbringen der Juden in die höchsten Beamtenstellen, wobei er den Handelsvor-

satz, an den Einfluss der Juden an der Börse auf die Brodvertheuerung. Herr von Köller und der Reichstagsmitglied Herr Hohenhausen und die besten Aufschläge über den jüdischen Wucher in Elsaß-Lothringen geben. (Heiterkeit.) Die Juden bedrohen nicht allein den schlichten Bauernstand, sondern auch den adeligen Grundbesitz. Durch ihren wachsenden Reichtum sind sie in die Lage gestellt, sich in weicherer Weise die Bildungsmittel zugänglich zu machen, als es die Christen vermögen, wie die Frequenz der Gymnasien in Berlin beweist. (Der Präsident erwidert den Redner, nicht von der Sache abzuschweifen.) Nachdem Oesterreich den Beschäftigungsnachweis eingeführt, kommen die jüdischen Schnorrer in unser Vaterland, um ohne Controlle dem Handwerk Concurrenz zu machen. Wir können die sociale Frage nicht lösen, wenn wir nicht die Judenfrage lösen. (Beifall rechts.)

Präsident v. Leschow: Bei der Unruhe im Hause habe ich eine Ausrufung des Redners überhört; ich sehe jetzt aus dem stenographischen Bericht, daß er gesagt hat: „Wenn Sie darüber lachen, so beweist das, daß Sie tief gesunken sind.“ Es war aber bereits gesagt worden, die Ausrufung ist also nicht mehr conditionell gewesen. Ich rufe den Redner deshalb zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. Vogtherr (Soz.): Herr Jacobsdorfer hat sich bei Darstellung des unläuterer Wettbewerbs einer Zahl bedient, die er eben nur aus dem Kermel geschüttelt hat. Er wird es nicht beweisen können, daß neun Zehntel aller Fälle auf Juden kommen. Auch auf der anderen Seite wird gefordert. Ich erinnere Sie nur an eine Annonce im „Badischen Landesboten“: „Wägen und Spigen, Band und allerhand. Um der Schwindelconcurrenz die Spitze bieten zu können, habe ich 17 Mann zum Stehlen engagirt und verkaufe daher zu Spitzdubenpreisen.“ Die Antisemiten seien über die Annonce her und, indem sie glaubten, daß sie von einem Juden herrühre, meinten sie: die Annonce trage den wahren jüdischen Charakter. Thatsächlich ging aber die Annonce von einem evangelischen Christen aus. Ich erinnere Sie ferner an den Abg. Zimmermann, dem mit Bezug auf seine literarische Thätigkeit ein gerichtliches Erkenntnis nachsagte, daß er sich unläuterer Weise und der Doppelgängigkeit schuldig gemacht habe. Ich gebe zu, daß die Hände vorhanden sind, und daß in vielen jüdischen Kreisen dazu beigetragen werden könnte, die Vorurtheile, die man gegen sie hat, nicht noch mehr zu stärken. Die Gleichberechtigung der Juden in der Berufung ist von den Conservativen selbst feilschaft worden. Es handelt sich bei diesem Antrage nur um einen ersten Schritt. (Auf bei den Antisemiten: Sehr richtig!) Herr Bismarck, der ebenso weich und sanftmüthig wie feinhörig war (Lachen rechts, Abg. v. Mantuffel: Donnerwetter!), war auch ursprünglich ein Gegner der Judenemanzipation, ist aber später ein Freund der Variati geworden und hat für dieselbe auf dem Berliner Congreß gewirkt. Sont setzen die Herren durchaus nicht solche Abneigung gegen die Juden. So hat die „Kreuzzeitung“ dem Verein zur Förderung des Christenthums angerathen, sich in dem Kampfe gegen das Judentum der Juden zu bedienen. Nicht bloß die Juden denken aus, nein, auch noch andere. Waren es nicht medienbureauische Handwirthin, die an Stelle der deutschen Arbeiter dinesische Kulis anzu-schaffen wollten? Hat nicht Wörmann an seinen Dampfmaschinen lüblische Heiler? (Auf: rechts: Zur Sache!) Das gehört zur Sache, es ist Ihnen nur unangenehm. An der Obergrenze beschäftigen Sie ja selbst jüdisch-polnische Arbeiter. Selbst in Ihren eigenen Kreisen sind Sie sich über Ihre eigenen Ansichten nicht klar. In der Generalversammlung des Bundes der Landwirthin wurde die „Post“ sogar „Judenblatt“ genannt. (Abg. Frhr. v. Langen: Bravo! Heiterkeit.) Die Antisemiten vertreten nur das Interesse von capitalistischen Kreisen. (Präsident v. Leschow bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Mit dem Antisemitismus werden Sie für das Handwerk nichts erreichen. Sie bezweifeln ja selbst an der Festigkeit und Haltbarkeit Ihrer Grundfälle, wenn Sie glauben, daß sie so leicht zu erschüttern sind. Da, wo es sich um jüdische Capitalisten handelt, greifen sie sich als Gegner des Capitalismus. Nun oder nehmen sie vereint die Interessen des Großcapitals wahr. Für die Sozialdemokraten handelt es sich hier weder um eine religiöse noch um eine Rassenfrage. Besser kann es nur werden bei gründlicher Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse.

Abg. Sachs (Hospitant bei den Conservativen): Ich will hier von meinem schließlichen Standpunkte aus (Gelächter) den besonderen Dank meiner Parteigenossen dem Abg. Vogtherr aussprechen, denn er hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie die wahre Vertreterin des internationalen Judenthums ist. (Lachen links.) Jeder gute Deutsche muß Antisemit sein. Wir Sachsen (Heiterkeit, Aufstehen: sein heil!) Stürmische Heiterkeit) haben dafür gesorgt, daß die jüdischen Wägen nicht in den Himmel wachsen. Wir haben ein nachahmenswerthes Schätzgeseh eingeführt, kein jüdischer Richter nimmt in meinem Vaterlande einem Christen den Eid ab, und unsere Jugend wird noch von christlichen Lehrern unterrichtet. Berlin ist dagegen ganz in Händen von Juden. Hier sind sogar Christen gezeugen, in das Horn des internationalen Judenthums zu stoßen. Wenn es so weiter geht, wird der Christ in der Hauptstadt des Reiches nur noch gebildet sein. (Gelächter.) Deshalb bitte ich die Regierung im Namen der Majorität meiner Wähler, den Anträgen Gehör zu geben und vor aller Welt kund zu thun, daß das Deutsche Reich noch Macht und Kraft hat, unserem Volkstheile zu Liebe zu gehen. (Gelächter links.) Der Antrag wird zur Befundung unseres Volkes beitragen. (Beifall rechts.)

Abg. Baasche (nat.-Lib.): Wir sind auch wie vor gegen jedes Ausnahmefach gegen die Juden, und die Lezten Reden haben uns in dieser Haltung nicht erschüttern können. Wir wollen keine Lanze für die Juden hechten, aber wir meinen, es ist ungerath, alle wirtschaftlichen Schäden den Juden aufs Konto zu setzen. Wir wollen den unläuterer Wettbewerb und die lägenhafte Klage im Allgemeinen bekämpfen, aber kein Ausnahmefach gegen einzelne Bevölkerungsklassen machen; darin stimmt der größte Theil meiner Freunde mit mir überein. (Beifall links.)

Darauf wird die Sitzung vertagt.

Beifällig bemerkt

Abg. Zimmermann (Antif.): Der Abg. Vogtherr hat über meine literarische Vergangenheit berichtet und behauptet, daß ich mich unläuterer Weise und der Doppelgängigkeit schuldig gemacht hätte. Der Vorwurf der Doppelgängigkeit ist mir 1886 in einem Prozesse gemacht worden, in welchem ein rechtskräftiges Urtheil niemals zu Stande kam, da er durch Vergleich erdigte. Wenn er in einem neuen Prozesse leghin wieder ausgeprochen wurde, so heißt das Urtheil nicht: Instanz noch aus, und ich sehe diesem Urtheil mit voller Gewissensruhe entgegen. Das Urtheil über meine literarische Thätigkeit hat Prof. Stern gefällt und das war sehr ehrenvoll. Es ist kein Grund, daß Abg. Vogtherr gegen mich Verdächtigungen wiederholt.